

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung mit
Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.03.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:01 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan - SPD	Vertretung für: Herrn Frank Zahn
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Kevin Kleinert - CDU	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Jochen Mauritz - CDU	
Markus Stappen - AfD	
Hülya Tac - CDU	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Stefan Höfel - Die Fraktion	Vertretung für: Herrn Detlev Stolzenberg
Hans-Peter Buerschaper - CDU	Vertretung für: Herrn Paul-Gerhard Röttger
Katja Mentz - LINKE & GAL	
Rolf Müller - FDP	
Kirsten Petersohn - SPD	
Tim Alexander Reclam - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Beiratsmitglieder	
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat	nur öffentlicher Teil
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	nur öffentlicher Teil
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsens - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	

Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling	
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	bis 17:07 Uhr
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	von 17:25 bis 17:59 Uhr
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	bis 17:55 Uhr
Bernd Olbrich - Polizeidirektion Lübeck	bis 17:05 Uhr
Bluhm Stefanie - Polizeidirektion Lübeck	bis 17:05 Uhr
Moritz Dorsch - Polizeidirektion Lübeck	bis 17:05 Uhr
Jana Sperlich -	bis 17:32 Uhr
Uwe Kirchhoff - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	bis 17:05 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	entschuldigt
Frank Zahn - SPD	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.02.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.1.1	Ausschusssitzung am 13.05.2025	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Zero Waste - Vorstellung Frau Jana Sperlich	
3.2.2	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.3	Abberufung der Bereichsleitung UNV und Wiederbesetzung	
3.2.4	Sachstand zur Katzenschutzverordnung	
3.2.5	Feinstaubproduktion 31.12.2024 - Ergebnisse der Messstation Moislinger Allee	
3.2.6	Sachstand "Meeresschutzstadt"	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu: Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten, Hasskriminalität und frauenfeindlicher Straftaten in Lübeck	VO/2025/14010
3.3.2	AM Katja Mentz (GAL): Anfrage zu Queerfeindlichkeit, Prävention und Schutz	VO/2025/13968
3.3.3	AM Andreas Zander (CDU): Fragen zur Migration in Lübeck	VO/2025/13981
3.3.4	AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg	VO/2025/13961
3.3.5	Mündliche Frage von AM Zahn zum Jahresbericht 2024 des Kommunalen Ordnungsdiensts VO/2025/13974	
3.3.6	Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024	VO/2024/13799-02
3.3.7	Antwort auf Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck	2024/13799-02-01

	2024	
3.3.8	Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg	VO/2025/13961-01
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung)	VO/2025/13914
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Polizeibeirat	
8.1	Kriminalstatistik Lübeck 2024	
8.2	mündliche Anfrage AM Reclam - Feuerwerk zu Silvester	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 12. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Die Vorsitzende begrüßt LtD Bernd Olbrich, Frau Stefanie Bluhm und Herrn Moritz Dorsch für den Polizeibeirat. Herr Uwe Kirchhoff vom Kurbetrieb Travemünde ist zum TOP 5.1 anwesend und Frau Jana Sperlich von der EBL zu TOP 3.2.1.

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herrn Stefan Höfel mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der letzten Sitzung am 18.02.2025 folgenden Beschluss als Empfehlung an den Hauptausschuss im nichtöffentlichen Teil gefasst habe:

VO/2025/13871: Die Ersatzbeschaffung von 4 Krankentransportwagen sowie die Beschaffung von 4 Rettungstransportwagen für den Rettungsdienst wird freigegeben. Die Beschaffung von beweglichen Ausstattungsgegenständen – hier: 10 Tragesysteme für die Rettungsdienstfahrzeuge sollte im Hauptausschuss freigegeben werden.

Zur Tagesordnung:

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.3.8 – VO/2025/13961-01 – Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz/ Rangenberg.

Es wird gebeten TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten, folgende Anfragen vorzuziehen und gemeinsam mit dem Polizeibeirat zu behandeln:

TOP 3.3.1 – VO/2025/14010 – Juleka Schulte-Osterman (GAL), Anfrage zu: Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten, Hasskriminalität und frauenfeindlicher Straftaten in Lübeck.

TOP 3.3.2 – VO/2025/13968 – AM Katja Mentz (GAL): Fragen zur Migration in Lübeck.

TOP 3.3.3 – AM Andreas Zander (CDU): Fragen zur Migration in Lübeck

TOP 3.3.4 – VO/2025/13961 - AM Kaja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz / Rangenberg

TOP 3.3.8 – VO/2025/13961-01 – Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz/ Rangenberg.

Die Antwort zu TOP 3.3.4 wird unter TOP 3.3.8 gegeben.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung zu TOP 3.3.1, TOP 3.3.2, TOP 3.3.3, TOP 3.3.4 und TOP 3.3.8 abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 5.1 – VO 2025/13914 – „Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung)“ vorzuziehen und nach TOP 3.3.8 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Es wird gebeten TOP 3.3.6 VO/2024/13799-02 Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024 gemeinsam mit TOP 3.3.7 die Antwort auf Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP abstimmen:

TOP 14.1 – VO/2025/14013 Beschaffungsfreigabe für ein Löschfahrzeug LF 10 der Freiwilligen Feuerwehr.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Die Vorsitzende lässt über die Teilnahme von Frau Kristin Gercke, Fachbereichscontrolling und Herrn Thomas Köstler, Bereichsleiter der Feuerwehr und weitere Mitarbeiter der Feuerwehr abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
-------------	--------------------------------------

zu 2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.02.2025
---------------	---

AM Höfel habe die Protokollführerin im Vorwege des Ausschusses darüber informiert, dass bei den Ausschussmitgliedern Daniel Jürß und Detlev Stolzenberg jeweils eine fehlerhafte Fraktion stehe. Zum Zeitpunkt vom 18.02.2025 seien beide in der Fraktion „Unabhängige Volt-PARTEI“ gewesen.

Frau Matthäus teilt mit, dass die fehlerhafte Anzeige ein Systemfehler von Allris sei. Durch die Auflösung der Fraktion „Unabhängige Volt-PARTEI“ und der geplanten Gründung der Fraktion „Die Fraktion“ werde in Allris die Daten angepasst und automatisch in der Niederschrift aktualisiert. Das Büro der Bürgerschaft sei über das Problem informiert und arbeite an einer Lösung.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Nachtrag zur Niederschrift:

In der Niederschrift vom 18.02.2025 wird folgendes ergänzt:

Hinweis zur Anwesenheitsliste:

Aus technischen Gründen wird die Fraktionszugehörigkeit bei folgenden Personen in der Anwesenheitsliste nicht korrekt dargestellt:

- Detlev Stolzenberg
- Daniel Jürß

Die zwei genannten Personen waren zum Zeitpunkt der Sitzung Mitglieder der Fraktion Unabhängige Volt Partei. Den Fraktionsvorsitz hatte dabei AM Stolzenberg inne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

zu 3.1.1 Ausschusssitzung am 13.05.2025

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Sitzung im April aufgrund der Osterferien entfalle.

Die Vorsitzende informiert, dass sich für die Mai und Juni Sitzung weitere Verlegungen des Sitzungsortes ergeben habe.

Die Sitzung am 13.05.2025 solle, entgegen der bisherigen Bekanntgabe, im Museum für Natur und Umwelt stattfinden.

Die Sitzung im Zentralklärwerk Lübeck sei dann am 17.06.2025 geplant.

Vor Sitzungsbeginn sei jeweils eine Führung mit Beginn 14:45 Uhr geplant. Genauere Informationen diesbezüglich werde den Ausschussmitgliedern zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt.

Bei den auswärtigen Terminen seien keine Besprechungsräume für ggf. geplante Vorbesprechungen verfügbar.

Senator Hinsen ergänzt, dass die Sitzung am 13.05.2025 sich schwerpunktmäßig das Thema „Wakenitz“ auf die Tagesordnung aufgenommen werden solle. KARL (Kommunalabwasserriechlinie) sei der geplante Schwerpunkt für den 17.06.2025.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Zero Waste - Vorstellung Frau Jana Sperlich

Frau Jana Sperlich stellt sich als neue Mitarbeiterin der EBL für das Thema Zero Waste vor. Die Stelle resultiert aus dem Masterplan Klimaschutz und wurde über dem Haushaltsbegleitbeschluss 2024 neu eingestellt. Sie erläutert die Stelle anhand einer Präsentation. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Senator Hinsen und Frau Sperlich beantworten die Fragen von AM Peterson, AM Mentz, AM Stappen und AM Mauritz. Frau Sperlich berichtet, dass im Internet eine interaktive Karte mit den Standorten für Altkleidercontainer verfügbar sei. Zudem gebe es bereits eine Internetseite auf der man Reparatur Initiativen finden könnte.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Link zu der interaktiven Karte und den Standorten für Altkleidercontainer:

<https://www.entsorgung.luebeck.de/privatkunden/altkleider/index.html>

Unter dem Link könne über den Filter und den Reiter weitere Standorte wie:

- Abgabestellen für Altmedikamente,
- Altglascontainer,
- Papiercontainer,
- Wertstoffhöfe,
- Ausgabestellen für den gelben Sack
- Öffentliche/nette Toiletten

gefunden werden.

Zudem sei geplant, dass zukünftig auch die Repair-Initiativen aufgeführt werden.

Aktuell seien diese zum Teil bereits über den folgenden Link zu finden:

<https://www.reparatur-initiativen.de/>

zu 3.2.2 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Frau Hartmann berichtet über die Veranstaltung „Dialogforum zur Kommunale Wärmeplanung“ die am 10.03.2025 stattgefunden habe mithilfe einer Präsentation und beantwortet die Fragen von AM Schüler.

Die Präsentation wird der Niederschrift beigefügt.

Des Weiteren informiert Frau Hartmann über die geplante Auftaktveranstaltung zum Klimafonds am 3.5.2025. In diesem Zusammenhang weist Frau Hartmann daraufhin, dass noch nicht alle Fraktionen einen Beirat bzw. stellvertretenden Beirat für den Klimafonds benannt habe.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Abberufung der Bereichsleitung UNV und Wiederbesetzung

Senator Hinsen informiert, dass das Hauptausschuss dem Besetzungsvorschlag für die Wiederbesetzung der Planstelle der Bereichsleitung Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz zugestimmt hat. Frau Obel werde am 1.7.2025 den Dienst antreten.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Sachstand zur Katzenschutzverordnung

Senator Hinsen berichtet, dass die Landesregierung eine landesweite Katzenschutzverordnung plane.

AM Mauritz ergänzt, dass dazu etwas im Landtag beschlossen worden sei.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anmerkung zur Niederschrift:

Der Landtag hat am 28.02.2025 dem Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, SSW, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu einer Landesweiten Katzenschutzverordnung zugestimmt: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in Ergänzung zu den bereits bestehenden Kastrationsaktionen eine landesweite Katzenschutzverordnung zu erlassen, um den Schutz freilebender und domestizierter Katzen zu verbessern und die Auswirkungen von wildernden Katzen auf die heimische Tierwelt zu minimieren. Die Katzenschutzverordnung sollte folgende Maßnahme beinhalten: Eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen, um eine unkontrollierte Vermehrung und das Entstehen neuer Populationen verwilderter Katzen zu verhindern. Durch die Verordnung darf das erfolgreiche Kastrationsprojekt des Landes nicht gefährdet werden. <https://www.landtag.ltsh.de/info-thek/wahl20/drucks/02900/drucksache-20-02961.pdf>

zu 3.2.5 Feinstaubproduktion 31.12.2024 - Ergebnisse der Messstation Moislinger Allee

Senator Hinsen teilt mit, dass die Ergebnisse der Feinstaubproduktion vom 31.12.2024 der Messstation „Moislinger Allee“ als Anlage zur Niederschrift beigefügt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.6 Sachstand "Meeresschutzstadt"

Senator Hinsen teilt mit, dass von UNV aktuell ein Letter of Intent vorbereitet werde. Bezüglich der Bearbeitung der „Meeresschutzstadt“ solle der Bereich Lübeck Port Authority (LPA) und Lübeck-Travemünde Marketing (LTM) federführend mit eingebunden werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

**zu 3.3.1 Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu: Entwicklung rechtsextremistischer Straftaten, Hasskriminalität und frauenfeindlicher Straftaten in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14010**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.1 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt. Herr Olbrich teilt mit, dass eine schriftliche Beantwortung der Anfrage in den kommenden Tagen vorgesehen sei.

Herr Olbrich weist vorab darauf hin, dass es nicht die Aufgabe der Polizei sei, frei verfügbare Informationen für die Politik zusammenzutragen und anschaulich aufbereiten zu lassen.

Die Antwort wird der Niederschrift beigelegt.

Anfrage:

Der Bürgermeister wird gebeten, über die zuständigen Stellen der Polizei Lübeck oder andere verantwortliche Stellen mitzuteilen, wie sich die Anzahl der folgenden Straftaten **in Lübeck** für die Jahre 2018 bis einschließlich 2023 entwickelt hat:

1. Rechtsextremistische Straftaten (PMK-rechts)
2. Hasskriminalität (KPMD-PMK; Straftaten aufgrund von Vorurteilen des Täters bezogen auf Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild)
3. Frauenfeindliche Straftaten im KPMD-PMK (als Teil der Hasskriminalität) sowie Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen aus der PKS

Es wird um folgende Aufschlüsselungen und Darstellungen gebeten:

- Bei der Hasskriminalität: Aufschlüsselung nach den verschiedenen Motivationen (z.B. antisemitisch, islamfeindlich, LGBTQ+-feindlich), unabhängig davon, ob diese dem Bereich PMK-rechts zugeordnet wurden oder nicht.
- Eine klare Trennung der Daten aus KPMD-PMK und PKS, insbesondere bei den frauenfeindlichen Straftaten und Fällen häuslicher Gewalt.

- Eine übersichtliche tabellarische Darstellung der Anzahl der Straftaten in den drei Hauptkategorien (rechtsextremistische Straftaten, Hasskriminalität, frauenfeindliche Straftaten/häusliche Gewalt) für jedes der abgefragten Jahre, um die Entwicklung der Fallzahlen gut und schnell visuell erfassbar darzustellen.
- Sofern möglich, wird um Ergänzung der oben erbetenen Daten um Dunkelfelddaten und/oder grundsätzlich geltende Aussagen aus der Dunkelfeldforschung für die angefragten Deliktsfelder gebeten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.3.2 AM Katja Mentz (GAL): Anfrage zu Queerfeindlichkeit, Prävention und Schutz
Vorlage: VO/2025/13968**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.2 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Die Antwort zur Anfrage ist als Anlage zur unter „TOP 3.3.2_Antwort zu Anfrage VO13968_LaPo_Anlage“ zur Tagesordnung beigefügt.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anfrage:

1. Wie viele Notrufe gehen bei der Polizei täglich ein und sind die Wachen ausreichend personell ausgestattet? Gibt es Statistiken und Auswertungen, an welchen Tagen besonders viele Notrufe eingehen (wie zum Beispiel Silvester), um personell darauf zu reagieren?
2. Wie viele Einrichtungen, Institutionen und Begegnungsorte gelten für die Polizei in Lübeck als potenzielle Ziele für Angriffe, so dass auf eingehende Notrufe sofort reagiert wird? Welche Art von Einrichtungen zählen dazu?
3. Nach welchen Kriterien werden Einrichtungen, Institutionen und Zusammenkünfte vieler Menschen z.B. bei Stadtfesten und Demonstrationen oder an besonderen Gedenk- und Feiertagen als potenzielle Angriffsziele bei der Polizei aufgenommen und als solche registriert?
4. Welche Maßnahmen werden durch die Polizei und/oder Ordnungskräfte der Hansestadt Lübeck ergriffen, um die Sicherheit potenzieller Angriffsziele zu erhöhen?
5. Wie werden Polizeikräfte allgemein und insbesondere in den Notrufzentralen für spezifische Bedrohungslagen wie der queeren Community sensibilisiert und geschult?

6. Wie viele queerfeindliche Übergriffe in Lübeck sind der Polizei bekannt? Wie viele wurden davon strafrechtlich verfolgt? Gibt es Aufrufe, queerfeindliche Übergriffe zu melden?
7. Ist bekannt, ob es zu Anfeindungen oder Angriffen gegenüber LSBTIQ*-Polizeibediensteten in Schleswig-Holstein und insbesondere in Lübeck gekommen ist? Falls ja, wie wurde und wird darauf reagiert?
8. Wie können präventive Schutzkonzepte und Alarmsysteme für gefährdete Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in Lübeck zeitnah entwickelt und umgesetzt werden?
9. Ist es üblich oder geplant, dass Polizei bei der Erarbeitung und Umsetzung von präventiven Schutzkonzepten beratend aktiv wird?
10. Gibt es Sicherheitskonzepte in sonstigen sozialen Einrichtungen und Jugendzentren in Lübeck?
11. Welche Angebote und Möglichkeiten gibt es für die Übernahme von Kosten für Gebäudesicherung, Gefahrenabwehr, Wachdienst, Weiterbildungsmaßnahmen und Supervision für von Gewalt betroffene Fachkräfte?
12. Welche Präventionsangebote gibt es für potentielle Täter*innen?
13. Setzt sich die Polizeidirektion dafür ein, dass Queerfeindlichkeit ein eigener Themenkomplex im Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein wird?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.3.3 AM Andreas Zander (CDU): Fragen zur Migration in Lübeck
Vorlage: VO/2025/13981**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.3 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt. Herr Olbrich teilt mit, dass eine schriftliche Beantwortung der Anfrage in den kommenden Tagen vorgesehen sei.

Die Antwort wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Olbrich weist vorab darauf hin, dass sensible und sicherheitsrelevante Informationen nicht öffentlich bekannt gegeben werden können. Zudem obliege manche gewünschte Antwort im Zuständigkeitsgebiet des Verfassungsschutzes.

Frau Wöhlk beantwortet die Frage von der Anzahl der Abschiebungen von abgelehnten Migranten in Lübeck mündlich.

In der Hansestadt Lübeck seien

- 2022 24 Personen
- 2023 19 Personen
- 2024 33 Personen

abgeschoben worden.

Anfrage:

Nachdem der Bremer SDP Senator Mäurer den LN ein Interview gegeben hat, möchte ich anlehnend an seine Aussage und nach den Ereignissen in Aschaffenburg für die Hansestadt Lübeck folgende Fragen stellen:

- Ist auch in Lübeck seit dem Beginn der Migrationswelle die Kriminalität deutlich gestiegen?
- Gibt es auch in Lübeck eine deutliche Zunahme bestimmter Gewaltdelikte?
- Wenn ja: haben wir auch in Lübeck besonderer Probleme mit speziellen Personengruppen? Wenn ja: welche Nationalitäten sind das?
- Ist die islamistische Bedrohung aus Sicht der Verwaltung auch in Lübeck deutlich größer geworden?
- Wie viele islamistische Gefährder sind nach Kenntnissen der Verwaltung in Lübeck auffällig?
- Wie viele gewalttätige und/oder gewaltbereite Migranten haben wir in Lübeck?
- Wie viele ausreisepflichtige Menschen sind noch in Lübeck?
- Herr Mäurer sprach davon, dass in Deutschland rund 250000 Menschen ausreisepflichtig sind, tatsächlich aber jährlich nur 15000 zurückgeführt werden.
Daher meine Frage für die Hansestadt Lübeck: Wie viele Abschiebungen von abgelehnten Migranten gab es in Lübeck in den Jahren 2022, 2023 und 2024?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3.4 AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.2 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Die Anfrage wird unter TOP 3.3.8 beantwortet.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Anfrage:

1. Wie viele Anzeigen /Meldungen zu falsch geparkten Pkw, Wohnwagen, Wohnmobilen und Lieferfahrzeugen sind in den letzten zwölf Monaten im Stadtteil Kücknitz im Bereich Rangenberg und den angrenzenden Straßen wie Kücknitzer Scheide, Geleitweg, Moränenweg und Siemser Mühlenweg von Bürger*innen bei der Hansestadt Lübeck (z.B. Bußgeldstelle) oder bei der Polizei eingegangen? (Bitte nach Monaten aufschlüsseln.)
2. Wie zeitnah wurde vonseiten der Hansestadt Lübeck oder der Polizei auf derartige Meldungen reagiert?
3. Wie oft wurden die gemeldeten Bereiche innerhalb der letzten zwölf Monate kontrolliert?
In wie vielen Fällen wurde Bußgeld für Parken auf dem Gehweg verhängt?
In wie vielen Fällen wurde eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen?
4. Welche Maßnahmen hat das Ordnungsamt / die Polizei ergriffen, um die gemeldeten Verstöße (insbesondere das unerlaubte Parken auf Gehwegen) zu ahnden und zu unterbinden?
4. a) Falls nichts dagegen unternommen wurde, das unerlaubte Parken auf Gehwegen zu unterbinden, warum nicht?
5. Welche Regelungen gelten für Mitarbeitende des Ordnungsamtes, wenn sie Kontrollen in ihrem eigenen Wohngebiet durchführen? Welche Maßnahmen werden getroffen, um mögliche Befangenheiten zu vermeiden?
6. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung in dem Wohngebiet Rangenberg dauerhaft zu verbessern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3.5 Mündliche Frage von AM Zahn zum Jahresbericht 2024 des Kommunalen Ordnungsdiensts VO/2025/13974

Frau Wöhlk beantwortet die Anfrage von AM Zahn mündlich. Die Auslastung der mobilen Messgeräte betrug 2024 ca. 75%.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3.6 Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024
Vorlage: VO/2024/13799-02

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.6 und TOP 3.3.7 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.3.7 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Die Anfrage wird unter TOP 3.3.7 beantwortet.

Anfrage:

Welche Auswirkungen hat die geplante ebenerdige Querung am Mönkhofer Weg auf den Verkehrsfluss und so auf die Lärmemissionen im Umfeld?

Bei Tempo 30 fährt man tendenziell mit höherer Drehzahl, also auch lauter. Zudem bewegt sich die Lärmquelle langsamer und wirkt dadurch länger auf die Anwohner ein. Zudem führt dies zur einer Kapazitätsreduzierung der entsprechenden Straßen und die Wahrscheinlichkeit von Verkehrsstau steigt. Dies sorgt ebenfalls für eine lokale Lärmbelastung und Abgasausstoss. Der ÖPNV, welcher beschleunigt werden soll, ist zusätzlich langsamer unterwegs, was dazu führen kann, dass dieser weniger attraktiv wird. Wie beeinflusst eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 den fließenden Verkehr sowie die Schadstoffemissionen im Vergleich zu Tempo 50?

Die Regel Busbuchten in Lübeck möglichst aufzulösen hat Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und somit auf die Lärmemissionen. Wie bewertet die Verwaltung diese Maßnahmen, insbesondere an eng bebauten Haltestellenstandorten?

Wie wirken sich moderne Autos, insbesondere E-Autos auf die Lärmemissionen aus. Ist damit zu rechnen, dass aufgrund eines zukünftig höheren Anteils von E-Mobilität die Lärmemissionen rückläufig sind und man auf entsprechende Maßnahmen verzichten kann oder bei einer Verbesserung wieder zurücknehmen kann?

Wie groß ist die messbare Lärmreduktion von Maßnahmen und ab welcher Schwelle sind diese wahrnehmbar. Wie wird in dem Zusammenhang die Angemessenheit von Eingriffen bewertet, um zu tatsächlichen Verbesserungen zu führen und eine wahrnehmbare Entlastung zu erreichen?

Wie wird die Qualität der Straßenoberflächen zur Lärminderung in Lübeck berücksichtigt, insbesondere mit Blick auf geplante Sanierungen?

Im Umfeld der Klinikzufahrten ist die Lärmbelastung durch Rettungswagen und Einsatzfahrzeuge der größte Faktor bei der Lärmbelastung. Es wird regelmäßig über steigende Einsatzzahlen des Rettungsdienst, auch durch eine Konzentrierung auf weniger Kliniken im Land mit mehr Zubringerverkehr, berichtet. Gibt es Möglichkeiten die Belastung der Bevölkerung zu reduzieren?

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.3.7 Antwort auf Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zu VO/2024/13799: Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024
Vorlage: 2024/13799-02-01**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.6 und TOP 3.3.7 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.3.7 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

AM Mauritz beantragt zur Geschäftsordnung eine fünf-minütige Sitzungsunterbrechung. Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 17:45 Uhr – 17:50 Uhr.

AM Kleinert teilt mit, dass er im Zuge der letzten Sitzung Fragen zum Lärmaktionsplan Frau Schäfers (UNV) mitgegeben habe. Er fragt nach dem Sachstand der Beantwortung. Senator Hinsen teilt mit, dass diese bis zum Hauptausschuss am 25.03.2025 vorliegen werde.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Antwort:

Antwort auf Anfrage des AM Rolf Müller (FDP) zum Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.3.8 Antwort auf Anfrage AM Katja Mentz (GAL): Parken auf Gehwegen in Kücknitz /Rangenberg
Vorlage: VO/2025/13961-01**

Gemäß TOP 1 wird TOP 3.3.2 gemeinsam mit dem Polizeibeirat behandelt.

Frau Wöhlk beantwortet die Nachfragen zu der schriftlichen Antwort von AM Mentz mündlich.

Antwort:

1. Wie viele Anzeigen /Meldungen zu falsch geparkten Pkw, Wohnwagen, Wohnmobilen und Lieferfahrzeugen sind in den letzten zwölf Monaten im Stadtteil Kücknitz im Bereich Rangenberg und den angrenzenden Straßen wie Kücknitzer Scheide, Geleitweg, Moränenweg und Siemser Mühlenweg von Bürger*innen bei der Hansestadt Lübeck (z.B. Bußgeldstelle) oder bei der Polizei eingegangen? (Bitte nach Monaten aufschlüsseln.)

Antwort zu 1.:

Seitens des Ordnungsamtes ist eine Auswertung nach Stadtteilen in der Fachanwendung WiNOWiG nicht möglich. Für das Jahr 2024 sind bei der Bußgeldstelle für die benannten Einzelstraßen insgesamt 42 Verfahren im ruhenden Verkehr (Parkverstöße) erfasst. Seitens der Polizei liegen keine Erkenntnisse/ Hinweise oder Anzeigen von Bürger:innen im Sinne der Frage vor. Dem Ordnungsamt liegen derzeit auch keine Informationen seitens der Straßenverkehrsbehörde oder der Polizei vor, dass es sich bei den benannten Straßen um Gefahrenschwerpunkte handelt, die einer besonderen verkehrlichen Überwachung bedürfen. Eine Kontrolle erfolgte daher in diesem Bereich bislang ohne Schwerpunkt.

Hinweise und Anzeigen, dass in dem Wohngebiet, vorrangig im Bereich Kücknitzer Scheide, Verkehrsordnungswidrigkeiten begangen worden sein könnten, liegen derzeit nur von einer Einzelperson vor. Diese Hinweise gingen über verschiedene Kanäle und in verschiedenen Bereichen ein. Soweit der Bußgeldstelle konkrete Privatanzeigen zugegangen sind, wurden die Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Rahmen des Opportunitätsprinzips geprüft. In weiten Teilen waren die vorgelegten privaten Bilder aus einer Dashcam aufgrund mangelhafter Bildqualität und Verstößen gegen das Datenschutzrecht rechtlich nicht verwertbar und eine Ordnungswidrigkeit daher nicht in dem gebotenen Maß beweisbar, so dass hieraus überwiegend keine Verfahren eingeleitet werden konnten.

2. Wie zeitnah wurde vonseiten der Hansestadt Lübeck oder der Polizei auf derartige Meldungen reagiert?

Antwort zu 2.:

Hinweisen aus der Bevölkerung auf rechtswidrige Parkzustände wird unter Berücksichtigung des allgemeinen Einsatzaufkommens, der geschilderten Problematik, der grundsätzlichen Lagebewertung bestimmter Gebiete sowie der personellen Verfügbarkeit nachgegangen. Bestimmte Reaktionsfristen sind nicht normiert, da zu viele Variablen zu berücksichtigen sind. Der Polizei liegen keine Erkenntnisse vor.

3. Wie oft wurden die gemeldeten Bereiche innerhalb der letzten zwölf Monate kontrolliert? In wie vielen Fällen wurde Bußgeld für Parken auf dem Gehweg verhängt?

In wie vielen Fällen wurde eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen?

Antwort zu 3.:

Reine Standardkontrollen werden statistisch nicht erfasst. Gezielte Schwerpunktkontrollen zu falsch geparkten Fahrzeugen fanden durch die Polizei nicht statt, da ein solcher Schwerpunkt nicht vorlag. Aus der Ordnungswidrigkeitenstatistik der Polizei geht hervor, dass durch

die Polizeistation Kücknitz im Jahr 2024 insgesamt 159 Ordnungswidrigkeitenverfahren aufgrund Falschparkens eingeleitet wurden. Welcher Verstoß dabei jeweils konkret zu Grunde lag und wo die Begehungsorte waren, geht daraus nicht hervor.

4. Welche Maßnahmen hat das Ordnungsamt / die Polizei ergriffen, um die gemeldeten Verstöße (insbesondere das unerlaubte Parken auf Gehwegen) zu ahnden und zu unterbinden.?

4. a) Falls nichts dagegen unternommen wurde, das unerlaubte Parken auf Gehwegen zu unterbinden, warum nicht?

Antwort zu 4./4a):

Das Einschreiten des Ordnungsamtes unterliegt dem Opportunitätsprinzip, sodass nicht jeder Verstoß zwangsläufig geahndet werden muss. Das Ordnungsamt bemüht sich gemeinsam mit der Straßenverkehrsbehörde um eine bessere Kommunikation von bestehenden Parkregeln sowie konkreten quartierspezifischen Informationen über die Internetseite www.luebeck.de/parkregeln. Die Situationen des Falschparkens betreffend werden individuell beurteilt und beinhalten eine Vielzahl zu berücksichtigender Aspekte.

Grundsätzlich wird abgestuft vorgegangen. Im Idealfall erfolgt zunächst eine Analyse der Situation des ruhenden Verkehrs vor Ort. Wird in diesem Rahmen die Notwendigkeit einer Intervention erkannt, erfolgt diese je nach Gefährdungsgrad entweder sofort oder mit etwas Vorlauf, um über die vorgenannte Internetseite oder mittels Pressemitteilung die Bevölkerung zu informieren. Das Ziel ist, rechtmäßiges Verhalten im ruhenden Verkehr ohne Sanktionierung zu erreichen. Gelingt dies nicht, erfolgen Sanktionierungen nach dem bestehenden Bußgeldkatalog. Das Treffen von gefahrenabwehrenden Maßnahmen wie Abschleppvorgängen wird im Einzelfall unter Berücksichtigung der konkreten Gefahr und der örtlichen Gegebenheiten beurteilt.

Die Polizei geht im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung grundsätzlich Hinweisen zu Behinderungen durch falsch abgestellte Fahrzeuge unverzüglich nach.

Ordnungsamt und Polizei arbeiten in dieser Thematik eng zusammen.

5. Welche Regelungen gelten für Mitarbeitende des Ordnungsamtes, wenn sie Kontrollen in ihrem eigenen Wohngebiet durchführen? Welche Maßnahmen werden getroffen, um mögliche Befangenheiten zu vermeiden?

Antwort zu 5.:

Die Mitarbeiter:innen nehmen eine individuelle Beurteilung der Deliktsschwere und einer möglichen daraus resultierenden Gefahr vor und ergreifen daraufhin die verhältnismäßigen Maßnahmen nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine besondere Prävention hinsichtlich Befangenheit ist nicht erforderlich, da aufgrund der organisatorischen Struktur kein Gebiet in der exklusiven Zuständigkeit einzelner Mitarbeiter:innen liegt, sondern jederzeit durch jede hier beschäftigte Person dort Kontrollen durchgeführt werden können und bei entsprechender Auftragslage auch durchgeführt werden müssen. Es gelten die gesetzlichen Regelungen des § 81 Landesverwaltungsgesetz.

6. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung in dem Wohngebiet Rangenberg dauerhaft zu verbessern?

Antwort zu 6.:

Die von hier aus erkannte Gefährdungslage gebietet keine übereilten Maßnahmen, sodass im nächsten Schritt eine Befassung mit dem Quartier auf der Internetseite www.luebeck.de/parkregeln beabsichtigt ist und in der Folge dann eine Intensivierung der Sanktionierungen beabsichtigt ist. Im Zusammenwirken mit der Straßenverkehrsbehörde ist zu klären, ob eine Verbesserung der Beschilderung vor Ort ggf. notwendig und hilfreich ist, um rechtskonformes Parken zu fördern.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung)
Vorlage: VO/2025/13914**

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Satzung der Hansestadt Lübeck über die Ordnung im Strandgebiet im Stadtteil Kurort und Seeheilbad Travemünde (Strandsatzung) wird in der Fassung der Anlage I beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität
Vorlage: VO/2025/14000-01**

Hierzu sprechen, teilweise mit mehrfachen Wortbeiträgen, AM Mentz, AM Höfel, AM Mählenhoff. Senator Hinsen ergänzt, dass das Thema auf Landesebene in Bearbeitung sei.

AM Mauritz beantragt die Vertagung der Entscheidung bis alle Erkenntnisse vorliegen. AM Mentz wäre mit der Vertagung einverstanden.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag zur Vertagung abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen
- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung
- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzie-

besonders brandempfindlichen Gebäuden nicht immer eingehalten. Hierzu interessiere die Dienstanweisung der Polizei- und Ordnungskräfte bezüglich möglicher Kontrollen bzw. Verwarnungen.

Senator Hinsen berichtet, dass der kommunale Ordnungsdienst in der Stadt verstärkt patrouilliere. Jedoch sei es ein Kampf gegen Windmühlen. Hier würde nur ein bundesweites Verkaufsverbot für Feuerwerkskörper die Lage verändern.

Herr Olbrich ergänzt, dass der Schwerpunkt der Polizei in dem Zeitraum auf der Sicherheit liege.

Senator Hinsen beantwortet weitere Fragen von AM Reclam, AM Mählenhoff, AM Peterson.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:55 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil einen Beschluss gefasst habe.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:01 Uhr.

Lübeck, den 10. Februar 2026

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung